Dokument

13.12.2017

Europäisches Parlament prangert Versagen der Mitgliedstaaten an

Panama Papers-Untersuchungsausschuss

Welche deutschen Europaabgeordneten haben für einen EU-weiten Mindeststeuersatz auf Unternehmensgewinne gestimmt, welche dagegen?

Burkhard BALZ	CDU	👎	Reimer BÖGE	CDU	👎	Elmar BROK	CDU	👎	Daniel CASPARY	CDU	👍
B. COLLIN-LANGEN	CDU	👍	Albert DESS	CSU	👎	Christian EHLER	CDU	👍	Markus FERBER	CSU	👎
Karl-Heinz FLORENZ	CDU	👎	Michael GAHLER	CDU	👎	Jens GIESEKE	CDU	👍	Ingeborg GRÄSSLE	CDU	👍
Monika HOHLMEIER	CSU	👍	Peter JAHR	CDU	👎	Dieter-L. KOCH	CDU	👍	Werner KUHN	CDU	👎
Werner LANGEN	CDU	👍	Peter LIESE	CDU	👎	Norbert LINS	CDU	👍	David MCALLISTER	CDU	👍
Thomas MANN	CDU	👍	Angelika NIEBLER	CSU	👍	Markus PIEPER	CDU	👎	G. Q.-ROWOHL	CDU	👎
Dennis RADTKE	CDU	👍	Sven SCHULZE	CDU	👍	Andreas SCHWAB	CDU	👎	Renate SOMMER	CDU	👍
Sabine VERHEYEN	CDU	👍	Axel VOSS	CDU	👍	Manfred WEBER	CSU	👎	Rainer WIELAND	CDU	👍
Hermann WINKLER	CDU	👍	Joachim ZELLER	CDU	👍						
Udo BULLMANN	SPD	👍	Ismail ERTUG	SPD	👍	Knut FLECKENSTEIN	SPD	👍	Evelyne GEBHARDT	SPD	👍
Jens GEIER	SPD	👍	Iris HOFFMANN	SPD	👍	Petra KAMMEREVERT	SPD	👍	S.-Y. KAUFMANN	SPD	👍
Arndt KOHN	SPD	👍	Dietmar KÖSTER	SPD	👍	Constanze KREHL	SPD	👍	Bernd LANGE	SPD	n.a.
Jo LEINEN	SPD	👍	Arne LIETZ	SPD	👍	Susanne MELIOR	SPD	👍	Norbert NEUSER	SPD	👍
Maria NOICHL	SPD	👍	Gabriele PREUSS	SPD	👍	Ulrike RODUST	SPD	n.a.	Joachim SCHUSTER	SPD	👍
Peter SIMON	SPD	👍	Birgit SIPPEL	SPD	👍	Jutta STEINRUCK	SPD	n.a.	J. VON WEIZSÄCKER	SPD	👍
Martina WERNER	SPD	👍	Kerstin WESTPHAL	SPD	👍	Tiemo WÖLKEN	SPD	👍			
Jan Philipp ALBRECHT	GRÜNE	👍	Klaus BUCHNER	ödp	n.a.	Reinhard BÜTIKOFER	GRÜNE	👍	Michael CRAMER	GRÜNE	👍
Sven GIEGOLD	GRÜNE	👍	Rebecca HARMS	GRÜNE	👍	Martin HÄUSLING	GRÜNE	👍	Maria HEUBUCH	GRÜNE	👍
Ska KELLER	GRÜNE	👍	Barbara LOCHBIHLER	GRÜNE	👍	Julia REDA	PIRATEN	👍	Terry REINTKE	GRÜNE	👍
Helga TRÜPEL	GRÜNE	👍									
Stefan ECK	ÖDP	👍	Cornelia ERNST	DIE LINKE.	👍	Thomas HÄNDEL	DIE LINKE.	n.a.	Sabine LÖSING	DIE LINKE.	👍
Martina MICHELS	DIE LINKE.	👍	Martin SCHIRDEWAN	DIE LINKE.	👍	Helmut SCHOLZ	DIE LINKE.	n.a.	Gabriele ZIMMER	DIE LINKE.	👍
Arne GERICKE	FW	👎	Hans-Olaf HENKEL	LKR	👎	Bernd KÖLMEL	LKR	👎	Bernd LUCKE	LKR	👎
Jörg MEUTHEN	LKR	👎	Marcus PRETZELL	LKR	👎	Joachim STARBATTY	LKR	👎	Ulrike TREBESIUS	LKR	👎
Nadja HIRSCH	FDP	👎	Wolf KLINZ	FDP	👎	Gesine MEISSNER	FDP	👎	Ulrike MÜLLER	FW	👎
Martin SONNEBORN	PARTEI	👍							Quelle:		

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat heute mit breiter Mehrheit den Abschlussbericht sowie die Empfehlungen des Untersuchungsausschusses für Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerbetrug (PANA) angenommen. Im Abschlussbericht werfen die Abgeordneten den Mitgliedstaaten schwere Versäumnisse bei der Bekämpfung von Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung vor. In den Empfehlungen fordern die Abgeordneten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten zu Gesetzesänderungen, neuen Initiativen für mehr Transparenz und zur Durchsetzung bestehender Gesetze auf. Der Bericht enthält zahlreiche Vorschläge der Grünen/EFA-Fraktion. Während der heutigen Abstimmung stimmten Konservative und Liberale mit Hilfe von Europaskeptikern einige zentrale Empfehlungen aus dem Abschlussbericht.

Europäische Regierungen haben jahrzehntelang Steuervermeidern und Geldwäschern als Gehilfen zur Seite gestanden. Der Untersuchungsausschuss hat den Regierungen die Leviten gelesen. Steuervermeidung und Geldwäsche sind zu einer Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Europäischen Union geworden. Jede Regierung, die ihre schützende Hand über Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung hält, verletzt in höchstem Maße ihre gesellschaftliche Verantwortung. EU-Mitgliedstaaten haben kriminelle Geschäfte gedeckt und vielfach EU-Recht verletzt. Die Regierungen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, ihre Gesetze endlich wasserdicht machen und den Sumpf von Geldwäsche und Steuervermeidung trocken legen.

Der Bericht ist ein Aktionsplan gegen Steuerdumping und Geldwäsche. Wir sollten nicht auf weitere Steuerskandale warten, sondern müssen jetzt handeln. Die Europäische Union darf nicht länger Geldwäsche und Steuerbetrug befördern. Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Anwälte müssen unabhängig beaufsichtigt werden. Das Verfahren der EU für die Erstellung der schwarzen Liste von Steueroasen muss transparent sein und objektiven Kriterien folgen. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass Unternehmensgewinne die EU unversteuert verlassen. Wir brauchen eine öffentliche länderbezogene Finanzberichterstattung großer Firmen. Die Kommission muss im Bereich der Steuergesetzgebung Vorschläge nach dem Mehrheitsverfahren gemäß Artikel 116 vorlegen, um die Blockade der Mitgliedstaaten im Rat zu überwinden.

Das Versagen der Regierungen ist so frappierend, dass wir eine Europäische Geldwäschebehörde brauchen, die permanent den Diebstahl am Gemeinwohl aufdecken sollte. Zudem muss das Europäische Parlament nun einen ständigen Untersuchungsausschuss nach amerikanischem Vorbild auf den Weg bringen. So können wir das Europäische Parlament bei der Aufklärung von Missständen dauerhaft stärken. Wir fordern die sofortige Einrichtung eines neuen Sonderausschusses, um die Paradise Papers zu untersuchen und den Druck bei Steuerdumping und Geldwäsche aufrecht zu halten.

Es ist beschämend, dass eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen mit Hilfe von Europaskeptikern weitergehende Forderungen verhindert hat: Wer Geschäfte mit Steueroasen macht, sollte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge außen vor bleiben und wir brauchen einen Mindeststeuersatz auf Unternehmensgewinne in der EU. Angesichts der guten Zusammenarbeit über Parteigrenzen in diesem Themenfeld hinweg ist die Ablehnung der Forderung besonders bedauerlich.

Ansprechpartner

Malte Gallée

Telefon Brüssel

+32-2-2845369

Telefon Straßburg

+33-3-88175369

Zuständige Abgeordnete

Malte Gallée